

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

BERLIN AKTUELL



**BÄRBEL
BAS**



**MAHMUT
ÖZDEMİR**

*NEWSLETTER DER
DUISBURGER
BUNDESTAGSABGEORDNETEN*

FÜR DUISBURG IN BERLIN.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER - V.I.S.D.P.: MAHMUT ÖZDEMİR, MDB | BÄRBEL BAS, MDB

REDAKTION: JOHANNES JIANG | MANUEL REIß

LAYOUT & DESIGN: JOHANNES JIANG

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

Texte werden z.T. über die SPD-Bundestagsfraktion bezogen.

www.baerbelbas.de

www.oezdemir-fuer-duisburg.de



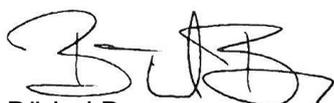
Liebe Leserinnen und Leser,

am vergangenen Freitag hat der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit der Verlängerung des Hilfsprogramms für Griechenland zugestimmt. Wir unterstützen diese Verlängerung, aber die griechische Regierung muss jetzt die Reformen entschieden umsetzen. Griechenland muss endlich mehr Steuergerechtigkeit schaffen sowie gleichzeitig die Korruption bekämpfen. Nur so kann mehr Wachstum und Beschäftigung entstehen. Und nur auf dieser Basis können die großen sozialen Verwerfungen überwunden werden.

Für die SPD-Bundestagsfraktion war immer klar, dass die Krisenländer allein durch Sparpakete nicht vorankommen. Wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, dass die europäische Einigung im deutschen Interesse ist und dass Deutschland mehr als jedes andere Land der Eurozone von unserer Gemeinschaftswährung profitiert. Wir sollten daher jetzt gemeinsam alles daran setzen, dass Griechenland die Wurzeln der Misere in den Griff bekommt. Die Steuerzahler erwarten zu Recht, dass die geleisteten Hilfen auch zu konkreten Fortschritten führen.

Weitere wichtige Themen der vergangenen Sitzungswoche waren für uns die Infrastrukturabgabe und die KfZ-Steuer, die Steigerung der Bundeswehrattraktivität, die Rezeptpflicht für die „Pille danach“ sowie die Verbesserung der Ausbildungschancen von benachteiligten Jugendlichen.

Viel Spaß beim Lesen wünschen



Bärbel Bas



Mahmut Özdemir



Inhaltsverzeichnis

EUROPA Bundestag stimmt weiteren Hilfen für Griechenland zu	3
VEKEHR 1. Beratung der Infrastrukturabgabe und der KfZ-Steuersenkung	5
VERTEIDIGUNG Die Bundeswehr muss attraktiver werden	7
GESUNDHEIT „Pille danach“ wird rezeptfrei	8
BILDUNG Ausbildungschancen für benachteiligte Jugendliche verbessern	9

TOP-THEMA

EUROPA

3

Bundestag stimmt weiteren Hilfen für Griechenland zu

Am Freitagmorgen hat das Parlament mit großer Mehrheit der Verlängerung des Hilfsprogramms für Griechenland zugestimmt (Drucksachen 18/4079, 18/4093).

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sagte: "Wir wollen, dass es jetzt zu einer Verlängerung der Hilfen für Griechenland um vier Monate kommt". Die griechische Regierung sei aber auch gefordert, die Konditionen einzuhalten und die neuen Reformvorschläge so auszuarbeiten und zu präzisieren, dass sie auch funktionieren. Korruption, Klientelismus und Vetternwirtschaft müssten beseitigt werden. "Die griechische Regierung muss jetzt liefern", so Oppermann.

Carsten Schneider, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender, sagte in der Debatte am Freitagmorgen, dass es wichtig und richtig sei, dass der Bundestag sich bei seinen Entscheidungen nicht von Rhetorik leiten lasse. Damit spielte er auf Äußerungen der neuen griechischen Regierung an. "Ein wiedererstarktes Griechenland wird es nur im Euro geben", bekräftigte Schneider.



Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Johannes Kahrs ergänzte, wenn wir ein gemeinsames Europa wollen, dann müssten die Stärkeren auch die Schwächeren unterstützen. Griechenland müsse nun eine vernünftige Bürokratie aufbauen.

Auch Axel Schneider, SPD-Fraktionsvize, appellierte an den Gemeinsinn und sagte, der Bundestag dürfe sich keiner Kampagne gegen andere Länder anschließen. Kritik sei natürlich erlaubt, aber eben auf solidarische Weise. Es gebe in Europa "kein deutsches Diktat".

Bundestag stimmt per Beschluss zu

Die Bundesregierung hatte für die Verlängerung die Zustimmung des Bundestages beantragt, schließlich hat der Bundestag seine haushaltspolitische Gesamtverantwortung wahrzunehmen (Antrag: „Finanzhilfen zugunsten Griechenlands. Verlängerung der Stabilitätshilfe“).

Griechenland wird auf längere Zeit auf die Unterstützung seiner europäischen Partner angewiesen sein. Die Eurogruppe hat schon im November 2012 bei positiver Programmumsetzung zusätzliche Unterstützung in Aussicht gestellt – z. B. bei der Kofinanzierung von EU-Strukturfonds – und jetzt wieder an diese Zusage erinnert. Die Gegenleistung, die alle von den Griechen erwarten, besteht darin, dass sie den begonnenen Reformprozess fortsetzen und vertiefen, gemeinsam mit den europäischen Partnern und eng begleitet von den Institutionen – unter welchem Namen auch immer.

Mit den Hilfskrediten wurde und wird vor allem Zeit gewonnen, um die dringend notwendigen Reformen durchführen zu können. Dazu gehören zum Beispiel die Etablierung einer effizienten Steuerverwaltung und eines funktionierenden Grundbuchwesens, die Bekämpfung der Schwarzarbeit und die Deregulierung verkrusteter Strukturen, etwa im Energiesektor.

Für die SPD-Bundestagsfraktion war immer klar, dass die Krisenländer allein durch Sparpakete und Daumenschrauben nicht vorankommen. Während andere damit hausierten, dass man an den Hilfskrediten sogar noch verdiene, haben die Sozialdemokratinnen und -demokraten nie einen Zweifel daran gelassen, dass die europäische Einigung im deutschen Interesse ist und dass Deutschland mehr als jedes andere Land der Eurozone von unserer Gemeinschaftswährung profitiert.



VERKEHR

1. Beratung zur Infrastrukturabgabe und KfZ-Steuersenkung

Am 26. Februar 2015 hat das Parlament in 1. Lesung zwei Gesetzentwürfe der Bundesregierung zur Einführung einer Infrastrukturabgabe (Pkw-Maut) auf Bundesfernstraßen sowie zur Anpassung des Verkehrssteueränderungsgesetzes beraten. Letzteres sieht die Senkung der Kraftfahrzeugsteuer (Kfz-Steuer) vor.

Folgendes steht zur Einführung einer Pkw-Maut in der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU/CSU: „Zur zusätzlichen Finanzierung des Erhalts und des Ausbaus unseres Autobahnnetzes werden wir einen angemessenen Beitrag der Halter von nicht in Deutschland zugelassenen PKW erheben (Vignette) mit der Maßgabe, dass kein Fahrzeughalter in Deutschland stärker belastet wird als heute. Die Ausgestaltung wird EU-rechtskonform erfolgen.“

Es handelt sich hierbei um die Bedingungen, unter denen eine Zustimmung für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der Maut-Idee der Konservativen möglich sein könnte.

Damit die Pkw-Maut Autofahrerinnen und Autofahrer, deren Fahrzeuge in Deutschland zugelassen sind, nicht zusätzlich belastet, soll die KfZ-Steuer gesenkt werden.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Sören Bartol, stellte in der Bundestagsdebatte noch einmal klar, dass die Pkw-Maut nicht im Fokus der Verkehrspolitik der Großen Koalition stehe.

Beim verkehrspolitischen Ziel sei man sich dahingehend einig, dass es einen Wechsel von einer hauptsächlich aus Steuermitteln finanzierten Verkehrsinfrastruktur hin zu einer nutzerorientierten Finanzierung geben solle. Damit soll diese unabhängiger vom Bundeshaushalt, und es sollen mehr Investitionsmittel gewonnen werden. Dadurch sollen jahresübergreifend mehr Mittel zur Verfügung stehen.

Befürchtungen der Bevölkerung ernst nehmen



Bei diesem Wechsel nehme die SPD-Bundestagsfraktion „die Befürchtungen der deutschen Bevölkerung“, dass das Autofahren auf Autobahnen und Bundesstraßen für sie in Zukunft teurer werde, „sehr ernst“. Deshalb habe die SPD-Bundestagsfraktion auch die Voraussetzungen für die Zustimmung zur Einführung einer Pkw-Maut folgendermaßen definiert:

- Zusätzliche Einnahmen über eine Maut sollen nur dann erzielt werden, wenn die inländischen Autofahrerinnen und -fahrer nicht zusätzlich belastet werden.
- Die Einnahmen müssen so ausfallen, dass sie den technischen und bürokratischen Aufwand rechtfertigen. Deshalb muss die Pkw-Maut dauerhaft mindestens 2 Milliarden Euro einbringen.
- Die Erlöse müssen in die Verkehrsinfrastruktur des gesamten Bundesgebietes und vor allem in Schwerpunktaufgaben fließen.
- Die Sanierung der Straßeninfrastruktur hat Vorrang vor Neubauprojekten, damit Stauunkte und -strecken aufgelöst sowie der ländliche Raum besser an die Verkehrsnetze angebunden werden. Das ist besser für die Umwelt und alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Straßenverkehr.
- Die Pkw-Maut muss gemäß der guten Nachbarschaft in Europa mit dem EU-Recht in Einklang stehen.

Bartol sagte zu, dass die SPD-Fraktion alle Gutachten und Rechtsauskünfte aus dem Verkehrsministerium auf ihre „Plausibilität“ hin prüfen werde. Außerdem gehe es der SPD-Bundestagsfraktion um die transparente Verwendung der Einnahmen aus der Pkw-Maut. Dies verbessere auch die Fähigkeit des Parlaments, den Prozess des Finanzierungswechsels verantwortlich zu steuern. Ebenso werde es darauf ankommen, „Ruhe und Sorgfalt“ bei der Prüfung der Verkehrsströme sowie der Verkehrszählung walten zu lassen. Des Weiteren müsse ausgeschlossen werden, dass die Autofahrerinnen und -fahrer nicht massenhaft auf Bundesstraßen ausweichen und dort die Lärm- und Abgasbelastungen erhöhen. Und der Datenschutz bei der Erhebung der Abgabe müsse gewährleistet sein, damit die Nutzung der Autobahnen ausschließlich zum Zwecke der Erhebung der Steuer überwacht und gespeichert werde.

Prognose des Verkehrsministeriums hinterfragen

Andreas Schwarz, zuständiger SPD-Berichterstatter im Finanzausschuss des Bundestages, regte an, die Evaluation des so genannten Erfüllungsaufwandes (Kosten für Technik, Logistik



und Personal) anders als im Regierungsentwurf schon ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes durchzuführen und nicht erst 2018.

Er hinterfragte in der Debatte auch die vom Verkehrsministerium veranlasste Prognose hinsichtlich des geplanten „Sorgetelefons“. Denn laut Verkehrsministerium würden die Telefonate zu Fragen und Problemen mit der Maut-Umsetzung im Durchschnitt maximal fünf Minuten dauern – was angesichts der Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Zoll und der Störanfälligkeit von Softwareentwicklungen realitätsfern sei. Deshalb begrüße er die Entscheidung mit seinem Kollegen aus der Union, zur Anhörung eine Expertin oder einen Experten aus der Zollgewerkschaft einzuladen.

Durch die Zustimmung der Sozialdemokraten die Einführung einer PKW-Maut auf Autobahnen unter Einhaltung der genannten Bedingungen in den Koalitionsvertrag aufzunehmen, sei es im Gegenzug gelungen, dort auch Folgendes zu vereinbaren: den Mindestlohn, die Mietpreisbremse, die Frauenquote, eine bessere Gleichstellung von Männern und Frauen, die frühere abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren sowie die Ordnung des Arbeitsmarktes unter anderem durch die Bekämpfung des Missbrauchs von Leih- und Zeitarbeit sowie von Werkverträgen, sagte Sebastian Hartmann, zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuss.

Kern der Verkehrspolitik der Großen Koalition sei der Paradigmenwechsel in der Verkehrsinfrastrukturplanung, ihrer Finanzierung sowie ihrer ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit.

VERTEIDIGUNG

Die Bundeswehr muss attraktiver werden

Die Bundeswehr ist wichtige Arbeitgeberin in Deutschland. Um auch weiterhin im Konkurrenzkampf um qualifizierte Arbeitskräfte zu bestehen, hat der Bundestag einen Gesetzentwurf der Bundesregierung beschlossen, der die Attraktivität des Bundeswehrdienstes steigert (Drucksache 18/3697). Gezielte Maßnahmen werden in drei Teilbereichen umgesetzt: Arbeitszeiten, Vergütung und soziale Absicherung.



Zum einen werden Dienstzeiten flexibler und – wo immer dienstlich möglich – familienfreundlicher gestaltet. Auch die Beförderungsmöglichkeiten der niedrigen und mittleren Dienstgrade sollen verbessert werden. Das Familienleben ist häufig durch Auslandseinsätze und die Arbeitszeiten der Soldatinnen und Soldaten belastet. Deshalb wird eine Arbeitszeitregelung für Soldatinnen und Soldaten im Inland eingeführt. Mit einer 41-Stunden-Woche kann einerseits eine deutliche Reduzierung der Arbeitsbelastung erzielt werden. Auch wird damit eine bessere Planbarkeit der Freizeit und der Vereinbarkeit von Familie und Dienst angestrebt.

Attraktivere Vergütung

Neben der Arbeitszeit wird auch die Vergütung mit der Reform attraktiver. Der Wehrsold wird erhöht, und die Zulagen für besonders harte, schwere und risikoreiche Aufgaben steigen. Eine Erhöhung ist zudem auch für die soziale Absicherung für Soldatinnen und Soldaten geplant – unter anderem durch eine erweiterte Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung für Soldatinnen und Soldaten auf Zeit.

8

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich seit Jahren für eine Verbesserung für die Beschäftigten der Bundeswehr ein. Das Gesetz folgt somit dem übergeordneten Ziel: gutes Geld für gute Arbeit.

GESUNDHEIT

„Pille danach“ wird rezeptfrei

Endlich wird die „Pille danach“ für Frauen und Mädchen auch in Deutschland aus der Rezeptpflicht entlassen. Das hat der Deutsche Bundestag am Donnerstag beschlossen (Drucksache 18/4114). Das heißt: Frau und Mädchen können nach einer Verhütungspanne in die nächste Apotheke gehen, sich beraten lassen und das Medikament sofort kaufen. Der unnötige Zeitverlust durch Wege zu Arztpraxen oder Krankenhausrettungsstellen entfällt damit.

„Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt diese längst überfällige Entscheidung der Bundesregierung sehr“, erklärte dazu die zuständige Berichterstatterin Mechthild Rawert. Damit werde deutlich: Frauen in Deutschland wollen und können hinsichtlich ihrer



reproduktiven und sexuellen Rechte selbstbestimmt entscheiden – so, wie es für Frauen in 78 anderen Staaten längst usus ist.

Für Frauen vor dem vollendeten 20. Lebensjahr gilt nun auch die Kostenerstattung für die „Pille danach“ wie bei der Anti-Babypille. Wer die Kosten erstattet haben will, muss in der Apotheke ein Rezept vorlegen. Verzichtet frau auf eine Kostenerstattung, erhält sie die „Pille danach“ nach Beratung gegen Barzahlung in der Apotheke. Damit existiere nun die Wahlfreiheit, für die sich die SPD seit vielen einsetze, sagte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Hilde Mattheis.

Anlass dafür, die Rezeptfreiheit auch in Deutschland einzuführen, war die Freigabe von Ulipristalacetat durch die Europäische Kommission am 7. Januar 2015. In der letzten Legislaturperiode hatte die SPD-Fraktion bereits mit einem Antrag zur Freigabe der „Pille danach“ die parlamentarische Debatte initiiert. Dieses Ziel hatten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch in der Großen Koalition stets im Blick.

9

BILDUNG

Ausbildungschancen für benachteiligte Jugendliche verbessern

Mit der Assistierten Ausbildung, die am Donnerstag im Bundestag verabschiedet worden ist, schafft die Koalition bessere Ausbildungschancen für rund 10.000 Jugendliche – und zwar im Betrieb.

Bisher habe auf dem Ausbildungsmarkt ein Förderinstrument gefehlt, das lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche eine Ausbildung in einem regulären Betrieb ermögliche, sagte der zuständige SPD-Berichterstatter, Michael Gerdes. Das heißt auch, sie lernen ihren Beruf in der betrieblichen Praxis des ersten Arbeitsmarktes sowie durch den Besuch einer Berufsschule. Unter Assistierter Ausbildung ist zu verstehen, dass fachlich und sozialpädagogisch geschulte Assistenten Jugendliche in die Betriebe begleiten. Sie stehen dort auch Arbeitgeberinnen und -gebern als Ansprechpartner zur Seite.

Dank der SPD-Bundestagsfraktion konnte die Zielgruppe ausgeweitet werden. Das bedeutet, dass künftig auch Jugendliche, die aufgrund besonderer Lebensumstände eine betriebliche



Ausbildung nicht beginnen, fortsetzen oder abschließen können, von der Assistierte Ausbildung profitieren.

Mit der Umsetzung der Assistierte Ausbildung und der Ausweitung der Zielgruppe für ausbildungsbegleitende Hilfen setzen die Koalitionsfraktionen einen Beschluss der Allianz für Aus- und Weiterbildung und eine Empfehlung des Verwaltungsrats der Bundesagentur für Arbeit um. Sie wird bereits für das kommende Ausbildungsjahr 2015/16 zur Verfügung stehen.